

Wirtschaftsleben

NACHRICHTEN AUS WIRTSCHAFT, FREIZEIT UND LIFESTYLE

Montag, 28. Juli 2014 70. Jahrgang | Nummer 205



Oldtimer unterwegs
Eine 77-jährige Rallyefahrerin startet mir ihrem Oldtimer eine Weltumrundung. Seite 26

Foto: EPA

19

Firmen bei Behindertenquote säumig

Die Arbeitslosigkeit unter behinderten Menschen ist in Tirol um 38 % gestiegen. In den letzten Jahren erfüllten durchschnittlich weniger als 20 % der Tiroler Firmen die Behindertenquote, Expertin ortet Aufholbedarf.

Von Max Strozzl

Innsbruck – In Tirol ist heuer die Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Behinderung explodiert. Im Juni stieg in Tirol laut Daten des AMS die Zahl der arbeitslosen behinderten Menschen im Vergleich zum Vorjahr um 38,3 %, damit liegt Tirol deutlich über dem Bundeschnitt (+26,3 %). Dass viele Tiroler Unternehmen bei der Beschäftigung behinderter säumig sind, zieht sich wie ein roter Faden durch die vergangenen Jahre. Seit 2006 erfüllen jährlich weniger als 20 % der heimischen Unternehmen ihre Behindertenquote zur Gänze, wie Zahlen aus dem Sozialministerium zeigen. Entsprechend erfüllen knapp 80 % der Tiroler Unternehmen die Behindertenquote überhaupt nicht oder nur teilweise. Damit liegt Tirol im Bundesländervergleich im Schlussdrittel. Durchschnittlich knapp 63 % der rund 6500 so genannten „begünstigten Behinderten“ in Tirol haben einen Job.

Zuletzt gab es in Tirol etwa 1850 „einstellpflichtige Unternehmen“, die Menschen mit Behinderung (siehe Boxrechts) beschäftigen müssten. Wer die Quote nicht erfüllt, muss eine Ausgleichssteuer pro nicht eingestellten Behinderten zahlen. Und diese Strafen sind Jahr für Jahr gestiegen: 2013 mussten Tirols Unternehmen (für 2012) 12,3 Mio. Euro an Ausgleichssteuer zahlen, 2010 waren es noch 8,5 Millionen Euro. Derzeit würden die neuen Strafbescheide für das Jahr 2013 verschickt, weiß Laura Masuch vom Beratungsdienst-



Die Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Behinderung ist heuer drastisch gestiegen, in Tirol noch höher als bundesweit.

Foto: Hunzstock

leister Imhovia, der im Auftrag des Sozialministeriums unter anderem Unternehmen zum Thema Behinderten-Jobs befragt. „Nach unserer Einschätzung hat sich im Vergleich zum Jahr davor nicht viel geändert. Es gibt noch sehr viel Verbesserungsbedarf“, sagt Masuch. Wenigleich sie bei vielen Firmen Fortschritte geortet hat.

„Relativ viele Firmen erfüllen ihre Beschäftigungspflicht zumindest teilweise.“ Derzeit sei man mit 60 Tiroler Betrieben in Tirol in Kontakt, mit 29 davon verstärkt.

Die insgesamt aber geringe Behindertenquote in vielen Tiroler Unternehmen führt sie auch auf die Struktur in Tirol zurück. „Besonders im

ländlichen Raum gibt es Aufklärungsbedarf“, sagt Masuch. Für Unternehmen seien die Strafzahlungen nicht das größte Problem. „Grund für die Nichteinstellung von behinderten Menschen ist häufig das Unwissen darüber, was diese Menschen leisten können“, erzählt Masuch. „Viele haben eine klischeehafte Vor-

stellung, dass Behinderte nicht so viel leisten können wie Nichtbehinderte.“ Sie wünscht sich „mehr Offenheit von Seiten der Wirtschaft“. Die Anzahl der Beschäftigten mit Behinderungen ließe sich bereits mit richtiger Job-Ausschreibung erhöhen. „Wenn man den Job richtig ausschreibt, gibt es auch mehr Bewerbungen.“

Zuletzt hatte Behindertenanwalt Erwin Buchinger eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Ausgleichssteuer sowie einen strengeren Kündigungsschutz gefordert. Die Wirtschaftskammer Österreich lehnt eine Erhöhung der Ausgleichssteuer ab – stattdessen sollen Förderungen ausgebaut werden.

Ausgleichssteuer. Unternehmen, die ihre Behinderten-Beschäftigungspflicht nicht erfüllen, müssen eine Ausgleichssteuer zahlen. Diese beträgt je nach Unternehmensgröße monatlich zwischen 244 Euro und 364 Euro für jede einzelne behinderte Person, die zu beschäftigen wäre.

Förderungen. Bei Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen können Unternehmen diverse Förderungen, Zuschüsse und Prämien in Anspruch nehmen: etwa Arbeitgeberhilfen, Steuer-Vorteile, Ausbildungsprämien, Zuschüsse für Schulungen u. a.

Zuletzt hatte Behindertenanwalt Erwin Buchinger eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Ausgleichssteuer sowie einen strengeren Kündigungsschutz gefordert. Die Wirtschaftskammer Österreich lehnt eine Erhöhung der Ausgleichssteuer ab – stattdessen sollen Förderungen ausgebaut werden.